



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 31831 - 32
Fernschreiber 0806890

E/XIII/272 - 29. November 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Etwas einfallen lassen" Ein guter Vorsatz, dem öffentlich Taten folgen	45
2	Das "Ordnungsbild" der Arbeitgeber Keine Grundlage für soziale Partnerschaft	55
3 - 4	Sozialisten in Israel Drei Wege - ein Ziel	77
5	Millionen spielen keine Rolle Zerstörer-Geschäfte	53
6	Ratenkauf in der Tschechoslowakei erlaubt Eine überraschende und für Ostblockstaaten ungewöhnliche Maßnahme	48

* * * * *
* * *

"Etwas einfallen lassen"

G.M. Fast man die seit Veröffentlichung der Sowjet-Noten geäußerten Meinungen zusammen, so lassen sich diese - außer der selbstverständlichen Ablehnung des direkten Berlin-Vorschlages - auf den Nenner bringen: Wir müssen uns jetzt etwas einfallen lassen.

Das ist eine vernünftige Einstellung, die zwar schon früher angebracht gewesen wäre, die aber auch heute noch nicht zu spät kommt. Sechs Monate sind zu dieser "Etwas einfallen lassen" Zeit. Koffentlich stehen während dieser sechs Monate alle verantwortlichen politischen Kräfte zu ihrem guten Vorsatz.

Die Skala der Überlegungen, was man in der von den Sowjets gesetzten Frist tun könnte oder müßte, geht über die Wiederbelebung der Diskussion des Rapacki-Planes bis zur Erörterung der Frage, ob es nicht vernünftig sei, jetzt doch das Problem eines Friedensvertrages für Deutschland auf den internationalen Verhandlungstisch zu bringen. Charakteristisch ist jedoch für alle diese Tastversuche die Feststellung, daß man es nicht bei einer Diskussion über den Status Berlins bewenden lassen dürfe, sondern weit darüber hinaus möglichst in Neuland stoßen müsse.

Nun hört man aus Genf, die Russen hätten die Errichtung einer atomwaffenfreien Zone von 1 600 Kilometern (je 800 km diesseits und jenseits der Demarkationslinie in Deutschland) für Mitteleuropa vorgeschlagen. Es heißt, die Russen wollten eine Situation schaffen und ein Gebiet abzirklern, wo die Gefahr für Überraschungsangriffe vermindert werden könnte. Sie knüpfen damit an Vorstellungen an, die auch der Vorsitzende des amerikanischen Abrüstungs-Ausschusses im Senat, Humphrey, bereits in Genf entwickelt hatte. Mister Humphrey befindet sich zur Zeit in Moskau, und man geht wohl kaum fehl in der Annahme, daß er auch dort diese Gedanken vertritt.

Das Echo des Westens sowohl auf die Humphrey-Anregungen, wie auf den jetzt in Genf bekannt gewordenen Vorschlag der Sowjets ist zunächst negativ. Man sagt, die Sowjets wollten die atlantische Verteidigungskraft schwächen und unterstellt damit dem amerikanischen Senator dieselben Absichten...

Sicher ist an diesem Wochenende die Situation nicht gerade günstig für eine ruhige und sachgemäße Erörterung dieser oder ähnlicher Pläne wie sie Humphrey und die Sowjets vorgebracht haben. Man sollte aber nicht vergessen, daß die Idee einer atomwaffenfreien Zone verbunden werden könnte mit der Idee des polnischen Außenministers Rapacki, der neuerdings auch die Verminderung der konventionellen Waffen in den Staaten diesseits und jenseits der Demarkationslinie vorschlägt.

Vielleicht läßt sich hier eine Synthese finden, deren Bedeutung gerade im Zeichen der Berlin-Diskussion nicht durch voreilige Stellungnahmen abgewertet werden sollte.

Der gute Vorsatz, man müsse sich jetzt etwas einfallen lassen, gilt doch wohl immer noch. Oder ...?

Das Ordnungsbild der Arbeitgeber

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände hat auf ihrer Jahrestagung in Bad Godesberg, neben einem Bekenntnis zu Berlin, ihre Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Kräften kundgetan. Sie ist "trotz aller Schärfe in den jüngsten wirtschafts- und sozialpolitischen Auseinandersetzungen zu dieser Zusammenarbeit bereit" und sieht sich auch genötigt, das "Ohr der Gewerkschaften" zu suchen, wie am Schluß dieser Tagung Ehrenpräsident Raimond zusammenfaßte.

Sollen diese Erklärungen nicht reine Lippenbekenntnisse sein, so ist es sicherlich nötig, daß sich in den Reihen der Arbeitgeber doch einige Wandlungen vollziehen. Denn der von Dr. Erdmann, dem Geschäftsführer der Bundesvereinigung, vorgetragene Bericht und ebenso viele Formulierungen in den anscheinend gesteuerten Diskussionsbeiträgen gingen von einer Grundhaltung aus, die für die Gewerkschaften keine Basis der Verständigung sind. Nach dieser Grundhaltung sind die Arbeitnehmer "der Führung und Fürsorge der Unternehmer anvertraut" und "die Unternehmer in Ausnutzung ihrer alles umfassenden Organisation in der Wirtschaft am besten in der Lage, die gesellschaftspolitische Auseinandersetzung in den Betrieben zu steuern." Hier offenbart sich eine Grundhaltung, die den Menschen im Betrieb nicht als einen gleichberechtigten Wirtschaftsbürger, sondern nur als Objekt in einem ökonomischen Prozeß sieht, den die Unternehmer steuern.

Diese Steuerung der gesellschaftspolitischen Entwicklung in unserem Land und darüber hinaus in übernationalen Wirtschaftsgemeinschaften war überhaupt das Leitmotiv der diesjährigen Überlegungen der Arbeitgeberverbände. Sie sehen die Entwicklung der künftigen Wirtschafts-, Sozial- und Staatsverfassung im Rahmen der Auseinandersetzung der Freien Welt mit der östlich totalitären Welt. Ein Ringen, das auch nicht mehr außerpolitischen Positionen gilt, sondern ein Kampf um die Grundlagen der Gesellschaftsordnung ist.

In diesem Ringen geht es für die Arbeitgeber um die politische Basis der unternehmerischen Wirtschaft, die sie glauben, nur durch ein solidarisches Denken und Handeln der Unternehmer im nationalen und übernationalen Raum behaupten zu können. Die sozialen Aspekte der gesellschaftlichen Ordnung, für die sie ihre Aktivitäten und ihre Solidarität mobilisieren wollen, sind für sie erklärtermaßen nur zweitrangiger Natur und der "ökonomischen" Betrachtung untergeordnet.

Die Arbeitgeberverbände wissen auch, daß der Kampf um diese gesellschaftliche Ordnung der Welt, der sich in den Spannungen zwischen Ost und West ausdrückt, quer durch die Betriebe geht. Sie wissen weiter, daß kein demokratischer Staat des Westens heute eine weltweite Wirtschaftskrise überstehen wird. Umso mehr ist zu verwundern, daß sie glauben, diesen Kampf um das soziale Gesicht unserer Zeit unter dem Vorzeichen der individualistischen privaten Unternehmerwirtschaft und erst in zweiter Linie unter sozialen Gesichtspunkten führen können. Sie dokumentieren damit, daß es ihnen vorranglich um die Erhaltung ihrer Führungsposition in Staat und Gesellschaft, um den privaten Vorteil aus der gesellschaftlichen Produktion, zu tun ist und sie soziale Aspekte nur unter dem Druck aus den Betrieben und den politischen Drohungen aus dem Osten in ihre Betrachtung einbeziehen.

Damit sind die Ausgangspositionen gesetzt, von denen die kommenden sozialen Kämpfe in der Bundesrepublik geführt werden. Sie sind keine Grundlage für eine Versachlichung des Lohngesprächs und ebensowenig für eine von den Unternehmern propagierte soziale Partnerschaft. Das sind Kampfpositionen, die scharfe Auseinandersetzungen für die Zukunft erwarten lassen.

Sozialisten in Israel

I.D. - Eine gesplattene sozialistische Bewegung ist für die Entwicklung des Sozialismus das größte Hindernis. Kein Zweifel, daß man sich auch in Israel dieser Tatsache wohl bewußt ist. Seit Jahren gibt es dort drei sozialistische Parteien: die rechts-sozialistische MAPAI (Arbeiterpartei), die links-sozialistischen Parteien MAPAM (Vereinigte Arbeiterpartei) und die ACHDUTH HAAVODA (Vereinigung der Arbeit). Diese drei Parteien haben den übrigen gesplatteten sozialistischen Bewegungen der Welt nur eines voraus: sie haben sich vor drei Jahren zu einer Koalition verbündet, um einen gefährlichen und die Existenz des Landes gefährdenden Gegner von rechts von der Macht fernzuhalten. Zusammen haben sie 64 von insgesamt 120 Parlamentssitzen inne. (MAPAI 45, MAPAM 9 und ACHDUTH HAAVODA 10). Das der Regierungskoalition zugrundeliegende Regierungsprogramm ist, da es auch noch auf zwei nicht sozialistische Koalitionsparteien Rücksicht nimmt, so fließend wie möglich gehalten.

MAPAI, unter Ben-Gurions Vorsitz, ist seit der Gründung des Staates im Jahre 1948 die stärkste Partei und führend in jeder Regierungskoalition. Sie hat den neuen Staat Israel und seine Institutionen mit Hilfe sozialistischer Ideen geprägt. Die israelische Wirtschaft ist zu einem großen Teil in der Hand des Staates oder unter der Regie der Gewerkschaften, die in diesem Land gleichzeitig Unternehmer sind und ihre Werke auf genossenschaftliche Weise verwalten. Die Versorgung des Volkes in sozialistischer Hinsicht gehört zu der vorbildlichsten unserer Zeit.

Nach den langen Jahren des Kampfes um den Aufbau und die bloße Existenz des Staates ist die MAPAI heute zweifellos an Ideen ärmer geworden. Sie entwickelt sich zwangsläufig zu einem Sammelbecken gewerkschaftlicher Macht und ministerieller Autorität. Zwar gibt es in der Partei eine junge Generation, die nach vorn drängt und u.a. von Mosche Scharett, Israels ehemaligem Außenminister, gefördert wird. Aber noch regiert die "alte Garde", die in Ben-Gurion ihre machtvollste Persönlichkeit besitzt. Ihre pragmatische Politik wird von den zwei links von der MAPAI stehenden und im sozialistischen Dogma verharrenden Parteien scharf kritisiert.

Sie verwerfen vor allem die Wirtschaftspolitik der MAPAI, der es bisher nicht gelungen ist, den Lebensstandard entsprechend den Anstrengungen des Landes zu heben. Ihr Hauptargument ist, die MAPAI habe nur

mangelnde Vorsorge für das kritische Jahr 1961 getroffen, in dem die ersten großen Anleihen zurückgezahlt werden müssen und die deutschen Reparationslieferungen beendet sind. Konzessionen der MAPAI an den Privatkapitalismus durch Minderung der Kontrollen, um dem Druck dieser, die national-aggressive Partei stützende Gruppe zu begegnen, haben die Kritik der Links-Sozialisten hervorgerufen, die verschärfte Kontrollen - sozialistischere Maßnahmen, wie sie es nennen - für wirksamer halten. MAPAI überhörte die Forderungen ihrer Koalitionspartner, die ohne die Unterstützung der MAPAI nichts mehr darstellen würden.

MAPAM, eine Föderation von sozialistischen Gruppen, hat den wichtigsten Punkt auf ihrem Programm längst streichen müssen: die Forderung nach einer Politik der Freundschaft zur Sowjetunion. Die anti-israelische Haltung der Sowjetunion und ihre pro-arabische Politik entzogen diesen Ideen den Boden. Die Verhaftung eines der MAPAM-Führer in der Tschechoslowakei anlässlich des Slansky-Prozesses und die Berichte nach seiner Entlassung scheinen sie der letzten Illusion beraubt zu haben. Allerdings konnte sich die MAPAM noch nicht zu der westlich orientierten Außenpolitik Ben-Gurions durchringen. Sie fordert eine pro-arabische Politik, die ihrer Ansicht nach die Integration Israels im mittelöstlichen Raum zur Folge haben müßte.

ACHDUCH HAAVODA ist vor fünf Jahren von der MAPAM abgesplittert, weil sie die außenpolitische Linie der MAPAM nicht mehr zu akzeptieren gewillt war. ACHDUCH HAAVODA plädierte und plädiert noch heute für einen neutralen Kurs - also weder für eine Anlehnung an den Westen noch an den Osten.

Es liegt auf der Hand, daß die Einstellung dieser beiden Parteien auf wenig Gegenliebe bei der Masse der Wähler stoßen wird. Die Haltung der Araber gibt keine Veranlassung, auf eine baldige Annäherung zu hoffen, und die westlichen Spenden, Anleihen und militärischen Hilfsmaßnahmen sind so lebenswichtig, daß die Stimmabgabe für eine neutrale Politik - also quasi für eine Politik gegen den Westen - bei einem großen Teil der Wählerschaft als Verrat angesehen werden muß. Die beiden Parteien hoffen dennoch, aus den Wahlen im Jahre 1959 gestärkt hervorzugehen. Ihre Annahme gründet sich im wesentlichen darauf, daß die Neueinwanderer aus den wirtschaftlich unterentwickelten Gebieten Asiens und Afrikas eine aggressive Haltung einer gemäßigten Politik verziehen werden. Wird ihre Hoffnung jedoch enttäuscht, bleibt ihnen im Grunde nur eine Verschmelzung mit der großen MAPAI. Tatsächlich haben die drei Parteien heute schon keine größeren Meinungsverschiedenheiten, als sie innerhalb einer jeden größeren sozialistischen Partei in Europa zu finden sind. MAPAI hat längst ihre Bereitschaft zu einer Vereinigung der sozialistischen Kräfte erklärt. Für sie bedeutet sie eine Erneuerung, für das Land eine Hoffnung auf eine starke Regierung, die bisher an der Vielzahl der Parteien scheiterte.

Millionen spielen keine Rolle

R.R. Die von der New-York-Times geäußerte Meinung, daß die junge Deutsche Kriegsmarine in der Ostsee gestärkt werden müsse, ist bei dem Einfluß dieses Blattes als ein vorbereitender Schritt zu entsprechenden Maßnahmen des Pentagon anzusehen. Der Zerstörer, den die Bundesmarine aus eingemotteten amerikanischen Beständen entlieh und dem deutschen Wochenschaupublikum vor einigen Monaten im Bild vorführte, wird daher sein Dasein als deutsches Flaggschiff nicht allein verbringen müssen. Wie in Bonn verlautet, sollen nunmehr weitere sechs US-Zerstörer entliehen werden, bis sie von Einheiten aus dem Eigenbauprogramm der Bundeskriegsmarine abgelöst werden.

Was den Rundfunkhörer und Zeitungsleser damals stutzig machte, war der Mietpreis, der für eine solche Leihgabe der US-NAVY vom deutschen Steuerzahler aufzubringen ist. Für die fünfjährige Leihfrist wurde eine jährliche Miete von 4 Millionen DM genannt - macht in Summa 20 Millionen DM.

Nun gibt es freilich keine offenen Marktnotierungen für die verschiedenen Typen gebrauchter Schlachtschiffe. Anhalt für einen Preisvergleich gibt jedoch das Geschäft, das die britische Marine jetzt mit dem Emir von Kuwait abschloß. Dieser Öl-Fürst, der zu den reichsten Männern der Welt zählt und der seine Öl-Einnahmen, jedenfalls nicht wie sein Nachbar Ibn Saud, mit einer Kompanie prinziplicher Brüder teilen muß, hatte den Einfall, einen Zerstörer zu erwerben, der nach Demontage der Armierung ihm zu ganz privaten Lustfahrten im persischen Golf dienen soll. Er nahm Kontakt mit London auf. Der Erste Seelord ließ es sich angelegen sein, dem Emir aus den Beständen der Reserveflotte einen Zerstörer der HMNT-Klasse anzubieten der man eine besonders schlanke und elegante Bauart nachsagt.

Wie die englische Presse aus zuverlässiger Quelle meldet, beläuft sich der Kaufpreis für dieses Schiff auf rund 3 Millionen DM. Der Zerstörer wurde erst 1942 in Dienst gestellt und versenkte eine Anzahl deutscher U-Boote. Im Zuge der Sparmaßnahmen der letzten Jahre wurde er eingemottet. Wenngleich Zerstörer eine verschiedene Verdrängung haben können - bei der HMNT-Klasse handelt es sich um 1050 t - repräsentieren sie doch eine bestimmte Größenordnung. Es muß daher Verwunderung erwecken, daß die Bundesrepublik sich bereitgefunden hat, für einen amerikanischen Zerstörer, der auch nicht zu den jüngsten zählen dürfte, rund 20 Millionen DM für fünf Jährchen als Miete auf den Tisch zu legen, während man für 3 Millionen DM ein solches Seefahrzeug käuflich erwerben kann, - ganz abgesehen davon, daß es auch schon Pacht- und Leihabkommen gegeben hat, bei denen das Entgelt rein symbolisch bemessen war, was sich unter Bundesgenossen eigentlich von selbst verstehen sollte. Manche Leute sind der Meinung, daß es im Grunde gleichgültig sei, zu welchem Fenster die deutschen Steuergelder hinausgeworfen werden, jedoch ist es immerhin ein peinliches Gefühl, wenn die Unterhändler des Herrn Strauß bei ihren Verhandlungspartnern, die den Abschluß eines Geschäftes traditionell zugleich als eine Art Intelligenzsport betreiben, in den Geruch kommen, jeden verlangten Preis zu bewilligen.

Der gleiche Gesichtspunkt tritt auch bei den Angaben über die Baukosten von neuen Zerstörern auf deutschen Werften hervor. Jede Einheit von 3 000 Tonnen soll 85 Millionen DM kosten. Soviel haben in den 30er Jahren einmal die größten Schiffe der Welt gekostet. Es wäre mindestens für den Steuerzahler interessant, zu erfahren, um wieviele hundert Prozent der Baukosten-Index pro Schlachtschiff-Tonne den Index auf der Basis von 1936 für Industrieerzeugnisse übertrifft.

Ratenkauf in der Tschechoslowakei erlaubt

rh - Das Prager Regime hat sich überraschend und ohne mit sonst üblicher Vorbereitung durch die Propaganda zu einer Maßnahme entschlossen, die als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Durch eine Mitteilung der Staatlichen Sparkassen wurde der bisher in Presse und Funk stets auf das schärfste als "westliche kapitalistische Ausbeutung" verurteilte Warenkredit mit sofortiger Gültigkeit eingeführt. Bisher konnte man sich in der Tschechoslowakei lediglich an Sparaktionen der Betriebe beteiligen, die für die einzelnen Betriebsangehörigen Sparkonten einrichteten, denen die vorgesehenen Sparbeiträge monatlich von den Löhnen und Gehältern direkt zugewiesen wurden. Die Sparkonten waren für einen bestimmten Zweck, so z.B. die Anschaffung von Möbeln, gebunden. Jetzt werden mit dem "Warenkredit" wieder Ratenzahlungen eingeführt.

Offiziell wird betont, daß sich die Einrichtung der "Verbrauchsgüter auf Kredit" wesentlich von den Abzahlungsgeschäften in den westlichen Ländern unterscheidet. Verschiedene Bedingungen der westlichen Abzahlungsgeschäfte, wie z.B. die Bürgen, können in Fortfall. Allerdings tritt an die Stelle der Bürgen, die ja auch in vielen westlichen Ländern weitgehend durch eine Bestätigung eines festen Arbeitsplatzes abgelöst wurden, in der Tschechoslowakei die Befürwortung durch den Betriebsausschuß der Gewerkschaften oder durch den Vorstand der Kolchose. Diese Befürwortung wird als "grundsätzlich" charakterisiert, ist also eine Voraussetzung des Ansuchens um einen Warenkredit. Es kann jeder Arbeiter, Angestellte und Kolchosbauer einen Warenkredit aufnehmen, der als "Ergänzungskredit" bezeichnet wird. Man kann, so heißt es in den Bestimmungen, mit einem bestimmten Geldbetrag in bar zu einer Sparkasse gehen und um einen Ergänzungskredit zum Ankauf eines bestimmten Gegenstandes ansuchen.

Diese Möglichkeit wird jedoch nicht als zwingend hervorgehoben, dagegen wird aber die Bedingung gestellt, daß der Kreditsuchende "regelmäßig" sparen muß, er also zu einem Zwangssparen verpflichtet wird. Der Zinssatz des Warenkredits wird mit 4 Prozent bemessen. Die Abzahlungen haben monatlich zu erfolgen und werden direkt vom Lohn oder Gehalt abgezogen. Die Schuld, die sich zwischen 500 bis 6 000 Kcs bewegen kann, muß binnen einem Jahr abbezahlt sein. Bei "besonders kostspieligen" Gegenständen kann im Einvernehmen mit der Staatlichen Sparkasse jedoch auch eine längere Abzahlungsfrist vereinbart werden.

Die Liste der Verbrauchsgüter, die auf Kredit erworben werden können, liegt in den Kaufhäusern, in besonderen Verkaufsstellen, in den Geschäften für die Kolchosen und in den Zweigstellen der Staatlichen Sparkassen auf. Sie umfaßt vor allem Güter des "gehobenen" Bedarfs wie Fernsehapparate, Waschmaschinen, Staubsauger, bestimmte (luxuriöse) Typen von Rundfunkgeräten, elektrische Haushaltsgeräte besonderer Art wie elektrische Küchentische, ferner Warmwasserspeicher, Kühlschränke, zwei Typen von Nähmaschinen, Photo- und Kinopararate, Sparherde und Öfen. Bei den Ansuchen werden Bestarbeiter und Väter kinderreicher Familien bevorzugt, denn die Einrichtung wird als eine "Auswahlaktion" bezeichnet. Bei bestimmten Luxusgegenständen kann der Kreditbetrag bis auf 10 000 Kcs erhöht werden.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel